

Brosch. •
I 2678

Stadtbibliothek Braunschweig



91709248177

Brach. I 2678

Demokratie und Landwirtschaft

(Material für einen Vortrag)



Zusammengestellt von
H. Rönneburg-Braunschweig



1919

Buchdruckerei Franz Hef, Braunschweig
Reichstraße 1

Brosch. I 2678



19.7.18.

Die D. D. P. stellt das allgemeine Wohl allen Sonder- und Ständesinteressen voran. Sie ist eine Partei des ganzen Volkes, keine Klassen-Partei. Darum erstrebt sie einen Ausgleich der verschiedenen Ständesinteressen in dem Bewußtsein, daß alle Stände gleich nötig und unentbehrlich aufeinander an ewiesen sind. Das zwingt sie, immer für die Interessen der gefährdeten und für das Staatwohl und Wirtschaftsleben besonders notwendigen Schichten kraftvoll einzutreten.

Die Arbeiterschaft hat sich in letzter Zeit durch ihre Organisationen in immer wachsendem Maße durchzusetzen gewußt. Schwer bedrängt aber ist der Mittelstand, der alte (Handwerker, Kaufleute und Landwirte) und der neue (Angestellte und Beamte). Ihm muß darum die Fürsorge der D. D. P. in besonderen Maße gelten.

Der Mittelstand ist das Bindeglied zwischen bestehenden und beschlossenen Klassen, der Junagborn, aus dem unser Volk immer neue Kraft schöpft, die wesentliche Stütze unseres Staatslebens. Die Geschichte lehrt, daß nur Staaten mit einem gesunden Mittelstand lebensfähig sind (siehe Rom).

Großkapital und Kriegswucher (Wert der Kriegsheker und Kriegsverlängerer!), besonders auch das unglückselige, den selbständigen Mittelstand vernichtende Hindenburgprogramm der Rechtsparteien, Kriegsozialismus und Zwangswirtschaft gefährden bedenklich sein Leben. Staats- und Gemeindefürsorge durch billige Kredite, Rohstoffe, Aufträge, sind für ihn dringend nötig. Der Mittelstand muß sich auch selbst helfen durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und muß auf eine gründliche Bildung eines guten Nachwuchses hinwirken. Der Quantitätsarbeit der Maschinen gegenüber kann sich das Handwerk nur durch Qualitätsarbeit behaupten.

Zu diesem Mittelstande rechnen wir auch den Zwerg-, Klein- und Mittelbauern. Unsere Stellung zu dieser für unser Volksleben besonders wichtigen Schicht, sei jetzt kurz dargelegt. Zuvor ein kurzer Hinweis auf die Stellung der anderen Parteien:

- a) **Sozialdemokratie:** Nach Erfurter Programm will sie das Bestehen der Landwirte verstaatlichen, also landwirtschaftliche Genossenschaften bilden; dadurch wird der Bauer zum Angestellten im Staatsbetriebe oder zum Tagelöhner, und der Fleißige erhält mit dem Faulen den gleichen Lohn.
- b) **Bund der Landwirte und die zu ihm stehenden Rechtsparteien** (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei):

Der Bund der Landwirte steht ganz im Dienste des Großgrundbesitzes (25000 Großgrundbesitzer in Deutschland). Solange der Bund der Landwirte mit den Rechtsparteien maßgebend war, sehen wir als Vertreter der Landwirtschaft überall nur Großgrundbesitzer und Großbauern in öffentlichen Körperschaften, d. i. Landwirtschaftskammer, alter Braunschweig. Landtag, Preussisches Abg. und Herrenhaus, Reichstag, alle Kreisversammlungen. Nie hat B. d. L. für Vertretung der Klein- und Mittelbauern gesorgt und sie nur als Stimmvieh benutzt.

B. d. L. war immer Gegner der Kleinbäuerlichen Siedlungen, trat ein für weitere Festigung und Ausdehnung des Großgrundbesitzes, trat ein für Fideikomisse, selbst noch in den Kriegsjahren 1916–18 im Preussischen Abgeordneten- und Herrenhause. Seine Wortführer und Häuptlinge gehören vielfach zu den schlimmsten Baueinlegern, welche auf Kosten der Kleinen Jagdland, Forst und Wiesen zu gewinnen trachten. In den letzten Jahrzehnten sind eine Million ha Land vom Klein- an den Großgrundbesitz übergegangen. — Alle Besserungsversuche und Siedlungsvorschläge sind von der Rechten in Preußen-Deutschland verhindert. Der B. d. L. stemmte sich mit den Rechtsparteien gegen jeden politischen Fortschritt, z. B. Wahlrechtsfrage in Preußen und Braunschweig. Er trieb nur Interessenspolitik ohne Rücksicht auf allgemeines Wohl (Abg. Behr im Braunschweiger Landtage bei Beratung der Wahlrechtsvorlage: „Wir sind schon viel zu gutmütig gewesen!“).

Jetzt erscheint der B. d. L. vielfach als Neuorganisation und zwar als „Niedersächsischer Landbund“ und dergleichen. Das ist nur eine neue Firma für das alte Geschäft. Der Landbund behauptet gegen Großkapital kämpfen zu wollen. Wie? dafür ein Beispiel: Sein Direktor Hilger sucht für die 600 preussischen Kreise je einen Landbundesverwaltungsdirektor mit je 10 000 Mk. Jahresgehalt = 6 Mill. Mk. Ausgaben. Woher kommt dieses Riesengeld? Es wird gegeben vom Großgrundbesitz, der seine Interessen bedroht fühlt;

c) **Die D. D. P. und die Landwirtschaft.** Wir kämpfen

1. für Erhaltung des Erbes;
2. für den freien Bauer auf freier Scholle.

(Beispiel: Wie wirkte Stein's Bauernbefreiung 1809?

Jetzt erwacht das Interesse des Bauern an seiner Arbeit, der nun mit jedem Tropfen Schweiß wird sein Preis um so größer. Die Folge: Beispielloser Aufschwung der deutschen Landwirtschaft.)

3. Gegen die Sozialisierungspläne der Sozialdemokratie.
4. Gegen den Achtstundentag in der Landwirtschaft, der undurchführbar und die Einbringung der Ernte in diesem Jahre erschwert und viel geschadet hat.
5. Gegen die Uebertragung des industriellen Betriebsrätegesetzes auf die Landwirtschaft. Die Deutschnationalen haben sogar zum Teil dafür gestimmt, daß schon im landwirtschaftlichen und gewerblichen Kleinbetrieb von 5 Beschäftigten an ein Betriebsvertrauensmann gewählt werden soll. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei fehlte, wie fast immer.
6. Für entschiedene Stärkung und Vermehrung des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes, warum?
 - a) auch der Großbetrieb ist gewiß unentbehrlich für Ernährung der Großstädte durch Getreide-, Kartoffeln- und Rübenbau, aber er ist zu stark im Verhältnis;
 - b) kleine Betriebe besonders wichtig durch Viehhaltung, Butter, Milch, Käse, Eier. Welche Rolle spielten diese

Produkte im Kriege. Wert unseres Viehstapels im Kriege für das Durchhalten! Kleine Betriebe sind Träger der Viehhaltung: 80% der Rindvieh-, 90% der Schweinehaltung entfallen auf Kleinbetriebe. Kleinbetrieb hat für Viehhaltung im Kriege große Opfer bringen müssen — siehe Zwangsenteignung mit ihren großen Schädigungen, Schlachtvieh mit 900 Mk. bezahlt, wieder kaufen müssen mit 3—4000 Mk.;

- c) wo Großbetrieb ist, findet starke Abwanderung und Entvölkerung statt. Wir müssen aber Bevölkerungspolitik treiben durch Schaffung einer starken und dichten Landbevölkerung, sonst sind keine 60 Mill. Menschen in Deutschland zu ernähren;
- d) Kleinbetrieb braucht keine fremden Arbeiter, kann alles zur rechten Zeit machen, denn nur Familienkräfte. Stärkere Ausnutzung der Arbeitskräfte und Zeit, also intensive Wirtschaft trotz der vielfach fehlenden Maschinen; vor allen Dingen mehr Lust und Liebe, mehr Hingabe und Interesse bei der Arbeit, mehr Verantwortlichkeitsgefühl bei den Familienmitgliedern, welche fast allein die Arbeit leisten, wie bei den polnischen Arbeitern des Großgrundbesitzes;
- e) was ist volkswirtschaftlich wichtiger: ein Gut von 3000 Morgen oder ein Dorf mit 3000 Morgen? Großgrundbesitz hat nicht mehr abgeliefert, denn Kleinbetrieb erhält mehr Menschen und hilft Verwandten und Bekannten. Wo haben die hamsternden Städter Lebensmittel bekommen? Nur bei dem Kleinen. Das erzählt aber keine Statistik;
- f) Deutschland muß einen großen Teil seiner (1913) 11 000 000 Industriearbeiter auf das Land verpflanzen, sonst keine Ernährungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, Hunger und Auswanderung (wir Deutsche wieder also Kulturdünger für fremde Völker);
- g) Wenn Großgrundbesitz mehr leistet, dann kann und muß er auch mehr Steuern zahlen wie der Kleine! Davon wollen aber Rechtsparteien nichts wissen. Auf einen entsprechenden demokratischen Vorschlag schwiegen sie. Bisher zahlt der Große verhältnismäßig viel weniger Steuern wie der Kleine.
7. Darum D. D. P. die Hauptförderer des Siedlungsgesetzes, das vor kurzem von der Nationalversammlung beschlossen und wohl das größte und für die deutsche Zukunft bedeutendste Gesetzgebungswerk der Nationalversammlung ist. Siedlungsgesetz hatte seine Gegner in den Rechtsparteien, Sozialdemokraten nur lauwarme Freunde, demokratische Bauernbundsabgeordnete seine energischsten Förderer. 2 000 000 ha Land werden dadurch für Siedlungszwecke frei.

Wichtigste Bestimmungen davon:

- a) Besitzungen über 100 ha müssen Land abgeben, wenn in dem Bezirk die Großäcker 10 % des Bodens ausmachen;
- b) demokratischer Antrag erreichte, daß das abgegebene Land nicht nur für neue Siedlungen, die jetzt vielfach nicht möglich sind, — denn keine Steine und Rohstoffe — sondern auch

zur Vergrößerung von Kleinbetrieben auf Größe einer Familiennahrung zur Verfügung gestellt wird. Dagegen kämpften besonders beide Rechtsparteien, Zentrum und Unabhängige. Rechtsparteien wollten nur Neusiedlung, weil sie wußten, daß diese jetzt unmöglich;

- c) ferner wurde festgesetzt, daß Staatsdomänen vor Ablauf des Pachtvertrages für die Vergrößerung bestehender Kleinbetriebe 10% ihrer Ackerfläche abzugeben haben,
 - d) außerdem müssen Domänen zur Verfügung stehen, sobald ihr Pachtvertrag abgelaufen ist.
8. Deutsche Demokratische Fraktion setzte ferner eine Resolution durch in der Nationalversammlung, durch welche von der Reichsregierung eine Verordnung verlangt wird, die
- 1. Pachtlandtünbung ohne wichtige Gründe unmöglich machen soll;
 - 2. soweit Pachtland ohne wichtigen Grund schon entzogen ist, muß dies wieder rückgängig gemacht werden;
 - 3. ungerechtfertigt hohe Pachtpreise sollen geregelt werden.
- Als erste Folge dieses Beschlusses ist die schon herausgekommene Kleinpachtlandordnung zu betrachten. Wir Demokraten arbeiten weiter an Erreichung des ganzen Zieles.
9. Im Braunschweig Landtage stellte Demokratische Partei den Antrag bei Beratung des Landbeschaffungsgesetzes, daß das abgetretene Land auch Zwerg- und Kleinbauern zur Verfügung stehen müsse, um ihren Besitz existenzfähig und zu einer Familiennahrung auszugestalten. Sozialdemokraten und Landeswahlverband dagegen, stützten also Großgrundbesitz. Landeswahlverband stellte den Antrag, daß das abgegebene Land nach dem tatsächlichen Verkaufswert bezahlt würde. Die Folge wäre eine gewaltige Verteuerung des von den kleinen Landwirten zu erwerbenden Bodens gewesen und damit wäre seine Existenz äußerst erschwert. Demokraten verlangten Bezahlung des enteigneten Landes nach der Selbsteinschätzung der Großlandwirte zur Ergänzungssteuer. Wer also sich bisher zu gering eingeschätzt hat, hat nun die Folgen zu tragen.

10. Deutsche Demokratische Partei trat auf gegen die Zwangswirtschaft. Sie stellte in Nationalversammlung folgenden Antrag: Reichsregierung soll schleunigst und planmäßig Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse abbauen unter Sicherstellung des Fleisch- und Milchbedarfes für Kinder. Auch die Zwangsbewirtschaftung für Kartoffeln ist aufzuheben, besonders für Landwirte mit Kartoffelanbauflächen unter acht Morgen. Die Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind unter Berücksichtigung der Preisverhältnisse für die wichtigsten Ge- und Verbrauchsgegenstände, sowie der Arbeitslöhne angemessen zu gestalten. 36000 Kriegsverordnungen erzeugen mit Recht große Erbitterung, führen zu Echauffements und gänzlicher Verwirrung; denn niemand kennt sich aus. Sie vermindern die Achtung vor Gesetz und Recht.

Kriegsgesellschaften haben vielfach preisverteuernd und auf das Wirtschaftsleben lähmend gewirkt. Sie gaben Vorgesmack von sozialistischer Wirtschaftsordnung; Zwangswirtschaft führte zum gefährlichen Rückgang unseres hervorragenden Viehstandes (die Viehhandelsverbände haben Millionen Ueberschüsse gemacht, genau wie andere Kriegsgesellschaften). Die Demokratische Partei wandte sich in der Nationalversammlung gegen diesen übermäßigen Gewinn der Viehhandelsverbände und verlangte seine Erfassung.

Zwangswirtschaft und zu geringe Preise für deutsche Produkte führen jetzt zur Getreideschiebung nach dem Auslande, Schleichhandel und Wucher verschwinden erst mit dem freien Handel, der durch Angebot und Nachfrage Preise regelt. Bei freiem Handel ist allerdings Preissteigerung zu erwarten, aber Preise werden dann etwa die Mitte halten zwischen jetzigen Höchstpreisen und Schleichhandelspreisen, so z. B. Hafer. Für Minderbemittelte müssen Preissenkungen durch Staatszuschüsse erfolgen wie in Frankreich und England. Außerdem muß für sie ein Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sichergestellt werden, der übrige Teil aber dem freien Handel bleiben. Einfuhr von Luxusartikeln darf nicht gestattet werden. Die Hauptsache ist jetzt Förderung der landwirtschaftlichen Produktion; jeder Zentner Getreide mehr ist ein Tropfen Medizin für unser krankes Volk. Rechtsparteien spielen sich als Vorkämpfer gegen Zwangswirtschaft auf. Wer hat aber die Zwangswirtschaft geschaffen und bis zum äußersten ausgebaut? von Delruef, Michalis, Batocki, von Waldow, von Tills (Kriegsgemüse und Obstställe), von Flügge-Sped (Fischställe). Sie alle sind Anhänger und Führer der Rechtsparteien.

11. Die D. D. P. erreichte in Nationalversammlung ferner folgende für Landwirte wertvolle Beschlüsse gegen die Stimmen der Rechtsparteien:

Beim neuen Grundwechsel-Steuergezet wird bei bebauten Grundstücken im Werte bis zu 20 000 Mk. und bei unbebauten im Werte bis zu 5 000 Mk. nur die Hälfte der Steuer erhoben, wenn die Betroffenen ein Einkommen von weniger als 5 000 Mk. oder ein Vermögen von weniger als 10 000 Mk. haben. Dadurch sind die Interessen der Klein- und Mittelbauern besonders gewahrt worden.

12. Bei der Erbschaftsteuer errang die D. D. P. auch einen für die Landwirtschaft sehr wichtigen Erfolg und zwar, daß auf Wunsch des Landwirtes statt des gemeinen Wertes der Ertragswert gesetzt werden kann. Das bedeutet, da der gemeine Wert gleich dem Verkaufswert ist, und die Verkaufswerte durch die Hilfe der Kriegsgewinnler auf eine furchtbare Höhe getrieben sind; eine ganz bedeutende Höherbelastung, wenn nach dem gemeinen Werte jetzt Besteuerung erfolgt. Wer Grundstücke zu diesen hohen Preisen kauft, oder im Erbgange übernimmt, kann nicht egzistieren, sondern wird zugrunde gehen. Der gemeine Wert ist heute durchschnittlich doppelt

so hoch wie der Ertragswert. Als Ertragswert gilt der 25 fache Reinertrag, d. r. in der Hand eines ordentlichen Besitzers bei gemeinschaftlicher Bewirtschaftung erzielt werden kann. (Also unter Berücksichtigung der jetzigen hohen Arbeitslöhne usw.)

Ferner wurde von den Demokraten erreicht, daß der Erbe, der nach dem 15. Lebensjahre im Betriebe des Erblassers ohne Barlohn gearbeitet und also eine fremde Arbeitskraft erspart hat, auf Antrag für jeden Monat dieser Arbeitszeit den 10 fachen Betrag des üblichen Ortslohnes von der Erbmasse abziehen kann. Dadurch erreichen die Söhne von kleinen Landwirten, Handwerkern und Handelsreisenden einen bedeutenden Vorteil, denn nun wird ihre Erbmasse, die steuerpflichtig ist, wesentlich geringer und demgemäß auch die Steuer.

13. Der dem. Abg. Dr. Böhme wandte sich ferner dagegen, daß die Preise für die Häute höher seien, wie die Preise für das ganze Stück Vieh und wandte sich auch gegen die Drittelung des Mehrerlöses aus den Häutepreisen. Der ganze Mehrerlös müsse dem Landwirt, der durch die Enteignung sowieso schon einen großen Verlust erleidet, zugute kommen.
14. Ferner wandte sich die D. D. P. gegen die ungerechte Verteilung des Düngers. Vor dem Kriege brauchte der Kleine wenig Kunstdünger, denn er hatte Stalldünger. Aber durch den Krieg sind die Ställe leer geworden, infolgedessen hat auch der Kleine Bedarf an Kunstdünger. Trotzdem erhielten die Großen den Kunstdünger fast allein. Die Demokraten verlangten eine stärkere Berücksichtigung der Kleinen bei der Verteilung.

15. D. D. P. stellte ferner im Landtage folgenden Antrag:

Im Interesse der schwer geprüften Volksernährung, die in erster Linie auf unserer heimischen Landwirtschaft beruht, soll die Regierung folgende Maßnahmen treffen:

- a) die schnelle Vermehrung und Sicherung der Erzeugung von künstlichen Düngemitteln (Kali, Stickstoffe, Phosphate) und deren gerechte und preiswerte Verteilung (unter besonderer Berücksichtigung der Klein- und Mittelbauern);
 - b) bei der erforderlichen Inanspruchnahme der Viehbestände soll auf die Milch- und Buttererzeugung, sowie auf die Nachzucht gebührend Rücksicht genommen werden und der Schleichhandel durch angemessene Festsetzung des Schlachtviehpreises energisch bekämpft werden;
 - c) den Landwirten sollen die für ihre Betriebe erforderlichen Kohlen und Brennstoffe zur Verfügung gestellt werden
16. Sie brachten ferner im Br. Landtage einen Antrag auf Klärung der Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer durch, damit auch die Klein- und Mittelbauern und die Landarbeiter darin vertreten sind. — Solange die Rechtsparteien in Braunschweig herrschten, haben sie nie für Vertretung dieser Kreise in der Landwirtschaftskammer gesorgt.

17. Ebenso trat die D. D. P. im Braunschw. Landtage gegen Zwangswirtschaft und Kriegsgesellschaften mit aller Entschiedenheit durch Einbringung einer Interpellation und eines entsprechenden Antrages ein.
 18. In der Nationalversammlung wandte sich die D. D. P. gegen die schlechte Versorgung des Landes mit Brennstoffen und gegen den bösen Holzwucher auf dem Lande.
 19. Schließlich trat sie ein für eine stärkere Unterstützung des ländlichen Wohnungsbaues, um dadurch zu ermöglichen, daß der Landwirt erst die so dringend nötigen Arbeitskräfte mehr wie bisher zur Verfügung stehen. Es fehlt bisher an ausreichender Vornehmlichkeit.
 20. Mit besonderer Schärfe wandte sich die D. D. P. durch den Abgeordneten Dr. Böhme gegen die Arbeitsunlust in den Städten, die im trassen Widerspruch steht zum Arbeitermangel auf dem Lande, ferner gegen die jetzige Form der Arbeitslosenunterstützung, die vielfach eine Prämie für die Arbeitsunlust ist und deren Kosten von den wirtschaftlich arbeitenden Kreisen unseres Volkes, also auch von der Landwirtschaft, aufgebracht werden müssen; wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen! — Mit aller Schärfe sprach Dr. Böhme gegen den Streikwahnsinn, der unsere Kohlenzeugung zerrüttet und die schweren Verkehrseinschränkungen hervorgerufen hat. Die Folge ist Arbeitslosigkeit, schlechte Belieferung der Landwirte mit Kali und anderen Düngemitteln (125 Kaliwerke liegen wegen Kohlenmangel still), Hunger und drohender Zusammenbruch unserer ganzen Wirtschaft. Der Landwirt kann also seine Produktionskraft nicht voll ausnützen, deshalb müssen für teureres Geld Lebensmittel aus dem Auslande eingeführt werden; die Streikheker sind also die schlimmsten Brotwucherer.
- Dr. Böhme sprach aber auch gegen die Großgrundbesitzer, welche ihr Land zum Teil brach liegen lassen oder auffordern, die Großstädte nicht mehr mit Lebensmitteln zu beliefern. Sie sind im gleichen Maße gefährlich für Volk und Wirtschaft. Großgrundbesitzer, welche ihr Land teilweise brachliegen lassen, müssen dies abgeben an Kleinbauern, denn sie haben ihre Unfähigkeit bewiesen.
21. Durch die energische Stellungnahme des demokratischen Abg. Wachhorst de Wente in der Friedenskommission (1. Vertreter der Deutschnationalen fehlte, ebenso der einzige Vertreter der Dtsch. Volkspartei) gelang es bei der Frage der Abgabe von deutschem Rindvieh an die Entente zu erreichen, daß das Vieh nach den jeweiligen Marktpreisen bezahlt werden muß, und das nicht der ganze Rindviehbestand, sondern nur die ausgesuchten Tiere vorgeführt werden müssen. Den demokr. Abg. verdanken es die Viehbefitzer, also hauptsächlich die Klein- und Mittelbauern, daß ihnen Millionen erspart worden sind. Das erklärten selbst die Regierungsvertreter am Schluß der Sitzung.

Die Deutsche Demokratische Partei steht im engen Bündnis mit dem Deutschen Bauernbund. Der Deutsche Bauernbund ist die Organisation von vielen Tausenden von Klein- und Mittelbauern. Seine Führer sind Dr. Böhme, Wachhorst de Wente, Schmidhals, Westermann, Koch. Sie sind alle Mitglieder der Fraktion der D. D. P. in der Nationalversammlung und sind im besonderen Maße für die Interessen der Landwirte eingetreten.

Jeder Klein- und Mittelbauer, der seine Interessen wahrnehmen will, tut das durch Anschluß beim Deutschen Bauernbunde. Beisitzt die Wochenzeitung „Deutscher Bauernbund“ bei der nächsten Postanstalt (1. Jahrespreis 1,00 Mk.), für Mitglieder frei.

Es ist falsch, wenn der Landbund die Gründung einer selbstständigen Bauernpartei fordert, denn dann würde die Landwirtschaft höchstens 15% der Abgeordneten im Reichstage haben, aber alle anderen Parteien würden dann wahrscheinlich in Gegnerschaft dazu stehen. Darum müssen die Landwirte sehen, daß sie in einer großen Partei, wie die in der D. D. P. großen Einfluß haben, wie es jetzt der Fall ist, dann werden auch Stadt und Land gewöhnlich zusammen arbeiten können.

Die D. D. P. ist eine Gegnerin der Revolution, die sie bedauert, weil sie im entscheidenden Augenblick Deutschlands schwerstens geschwächt und geschädigt hat. Sie wünscht keinen gewaltsamen Umsturz, sondern friedliche Entwicklung. Sie fordert die Volksherrschaft, d. h. die Gesamtheit aller mündigen Männer und Frauen soll das Geschick des Volkes bestimmen. Es ist aber falsch, der Revolution alle Schuld an den jetzigen traurigen Verhältnissen zuzuschreiben. Sie war eine Folge des unsinnigen Krieges, den die Rechtsparteien, Hindenburg und Rationalkulde durch ihre Politik bis zum entsetzlichen Zusammenbruch verlängert haben. Damit haben sie englischen Reichtum, französischen Raubzug in die Hände gearbeitet. Ein ehrlicher Deutsch-nationaler, Graf Posarowsky sagt das selbst in der „Post“: „Es wäre eine Übertreibung, zu behaupten, daß all das jegige Elend eine Folge der Revolution sei. Die Ursache liegt in der seelischen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes als Folge eines 4 1/2 jährigen Krieges, der uns überanstrengt und unsere Widerstandsfähigkeit geschwächt hat.“

In den Rechtsparteien, die heute alle Schuld den Juden zuschieben, ist der jüdische Einschlag besonders stark.

In Braunschweig sind z. B. in der Deutschen Volkspartei zahlreiche jüdische Mitbürger (Altonheim, Magus u. a.).

Der Begründer der konservativen Partei, Dr. Stahl, war ein Jude. Konservative Führer mit jüdischem Einschlag sind und waren: Graf Limburg-Stirum, Freiherr von Hammerstein, von der Heydenbrand, Freiherr von Wangenheim (Führer des Bundes der Landwirte!), von Batocki, von Wedel (Chefredakteur des Adelsblattes!), Graf Westarp ist der Schwager der Jüdin Jaquès aus Hannover. Dr. Traub ist mit einer Jüdin verheiratet, Dr. von Delbrück hat einen jüdischen Schwiegersohn, Paul Fuhrmann hat eine jüdische Frau, von Graefe hat unter seinen Ahnen zwei Frauen jüdischer Herkunft, Frl. von Gierke eine jüdische Mutter, ebenso Herr Helfferich.

Der jüdische Geh. Kommerzienrat Woog-Berlin zahlte 1902 125 000 Mk. in die konservative Wahlklasse.

Es ist eine glatte Unwahrheit, daß die Demokratie vom jüdischen Gelde lebt. — Kürzlich versandte aber der Führer der Deutschnationalen folgendes Schreiben an seine Parteifreunde:

„Richtig würde es mir scheinen, wenn die Herren jüdischer Abkunft, die sich unserer Partei zurechnen, durch ihr Verhalten und durch Opfer, die sie der Partei bringen, die Sicherung ihrer Interessen bei der Partei erkämpfen.“ —

Wir achten jeden anständigen Menschen als gleichwertig, der sich als Deutscher bekannt und hüten uns vor Klassen-, Rassen- und Massenhaß. —

* * *

Zweckmäßig ist vielleicht auch eine Klarstellung unserer Stellung zur Kirche und Religion (siehe weiteres Material).

Winke für Parteiversammlungen.

Bei jeder Versammlung bitte ich folgendes nicht zu vergessen:

1. es müssen Flugschriften und Parteibroschüren mitgenommen und verteilt werden. Die Leute auffordern, diese Schriften im Bekanntenkreise umgehen zu lassen; am besten eine Lesemappe für den Ortsverein einrichten;
2. für Gewinnung neuer Mitglieder werben, also Aufnahmescheine oder Unterschriftenliste;
3. Zellersammlungen zugunsten der Parteikasse;
4. neue Leser werben für die Zeitung (Unterschriftenliste), (Braunschweig. Morgenzeitung);
5. werben für verzinsliche Zeichnungsscheine (von 50 Mk. aufwärts);
6. wenn möglich, Ortsgruppen gründen (tüchtiger Vorsitzender, der arbeitsfreudig ist!)
7. mehrere Vertrauensmänner werben;
8. jeder Redner muß über Versammlungen zwei Berichte liefern; einen für die Braunschw. Morgenzeitung, einen für das Parteisekretariat und nach diesen Stellen übermitteln.

Darin muß enthalten sein: Ort, Vortragsthema, Redner, ungefähre Besucherzahl, kurzen Bericht über Aussprache und Erfolg, Zahl der aufgenommenen Mitglieder und dergl.

9. Hinweisen auf Bericht unserer Landtagsfraktion und diesen verlaufen. (Material auf dem Parteibüro).

